

Keine Verschärfung von Abitur & Studium!

Abitur:

Kein 5. Prüfungsfach im Abitur! Erhalt der Kurs- Wahlmöglichkeiten!

Die Pläne das Abitur weiter zu verschärfen und die Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe einzuschränken hat das baden-württembergische Kultusministerium schon seit ein paar Jahren. Auf der Kultusminister-Konferenz (Treffen der Kultusminister der Bundesländer) im Oktober 99 bekam Frau Schavan (Kultusministerin BaWü) grünes Licht. Sollen die Regelungen - wie geplant - schon ab dem Schuljahr 2000/2001 gelten, fallen die Entscheidungen jetzt.

Ein wesentlicher Grund für eine „Reform“ sei die Kritik der „Abiturienten-Abnehmer“ - Hochschule und Wirtschaft - an der mangelnden Qualifikation der AbiturientInnen, so ein CDU-Landtags-Abgeordneter.

**Regelmäßige Treffen der
SAV mit aktuellen Berichten
& Diskussionen über den
Stand der Gegenwehr und
der Kürzungen im
Bildungsbereich:**

**mittwochs, 19:30 h
im Jugendhaus Mitte, Hohestr. 9
Haltestelle Berliner Platz / Hohestraße**

Sinkende Qualität?

Laut Statistischen Landesamt hätten in den letzten Jahren 2.200 neue LehrerInnen pro Jahr eingestellt werden müssen - nur um die bisherige Qualität zu halten. Diese Stellen wurden nicht geschaffen, ReferendarInnen wurden so gut wie keine übernommen.

Folge: **Größere Klassen, weniger freiwillige AGs, kleineres Kurs-Angebot in der Oberstufe, schlechtere Lernbedingungen.**

Ein mangelhaftes Bildungssystem wurde so noch weiter ruiniert. Und jetzt?

Nach der Einführung der Zentralen Klassenarbeit in der 10. Klasse, eingeschränkten Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe und einer Einschränkung der freien Schulwahl um die Klassen größer machen zu können (alles ausgehend von Baden-Württemberg) kommt jetzt der nächste Schritt: **5. Prüfungsfach im Abitur und Pflichtbereich statt Kurs-Wahl** (übrig bleibt noch ein Profil-/Neigungsfach). (Siehe auch Gegenüberstellung in der Tabelle)

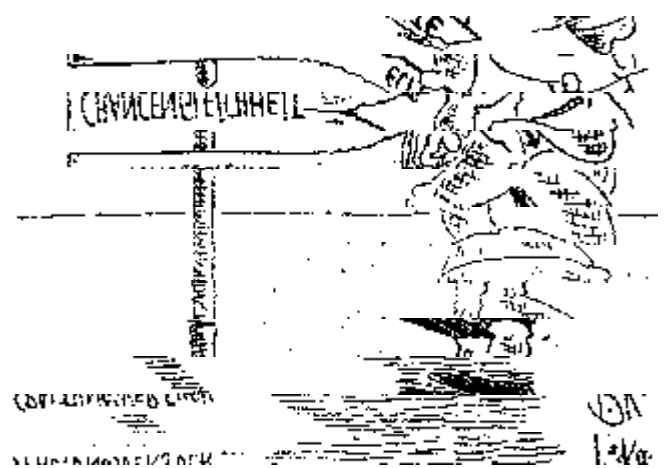
Hochschulen:

Keine „Orientierungs- prüfung“! Ab- schaffung aller Studiengebühren!

97 streikten bundesweit Studierende an fast allen größeren Universitäten. Es ging darum **gegen überfüllte Hörsäle, Studiengebühren und verschlechterte Studienbedingungen** zu protestieren. Der Protest richtete sich auch gegen die zunehmenden Einschränkungen der Bafög-Vergabe und die Diskussion um stärkere Verzinsung.

Beim Streik wurden einige Zusagen erkämpft. Grundlegend verbessert hat sich die Situation an den Hochschulen allerdings nicht. SPD und Grüne *versprochen*, den Bundesländern das Erheben von Studiengebühren zu verbieten. Nach einem Jahr Schröder-Regierung gilt weiterhin:

Studierende in Baden-Württemberg, die die Regelstudienzeit um



**Sozialistische Alternative
Stadtverband Stuttgart**

Infos, Kontakt & Video: SAV Stuttgart, c/o Stephan Kimmmerle, Tübingen Str. 23, 70374 Stuttgart, eMail: SAV.Stuttgart@gmx.net

? Infos .mitmachen :eintreten Fon & Fax: 0711 / 24 24 42

SAV

Was bisher an den Schulen geschah: **Angriffe, Proteste und Bewegungen**

In den letzten Jahren hat sich an Stuttgarter Schulen einiges getan - auf der einen Seite gab es Kürzungen und Verschlechterungen, auf der anderen Seite Gegenwehr und Erfolge. Hier eine nicht vollständige Liste:

4 87: **5000 SchülerInnen streiken** in Stuttgart gegen die Einschränkungen der Wahlmöglichkeiten beim Abitur

4 89: Verlängerung der Arbeitszeit für LehrerInnen, keine neuen/jungen LehrerInnen.

- **20.000 SchülerInnen streiken** und demonstrieren in Stuttgart, andere Städte in BaWü beteiligen sich

4 91: **Zwei SchülerInnen-Streiks gegen den Golfkrieg**, 20.000 beteiligen sich.

4 90er insgesamt: Die Stadt Stuttgart spart:

- SekretärInnen-Stellen werden gekürzt.

- Gelder für nötige Renovierungen werden zusammen gestrichen.

- Reinigungspersonal wird eingespart.

4 95: **6.000 SchülerInnen streiken in Stuttgart gegen drohende Verschlechterungen durch fehlende LehrerInnen, für die Einstellung von 3.000 neuen LehrerInnen im Jahr.**

4 95/96: Einschränkung der freien Schulwahl: Um weniger 5er Klassen zu bekommen, und damit Geld zu sparen, werden SchülerInnen bei Bedarf an den weiterführenden Schulen abgewiesen - damit wächst der Klassendurchschnitt.

4 97: Zuschüsse SchülerInnen-Abo werden von der Landesregierung gekürzt

ebenfalls 97: SchülerInnen bzw. deren Familien müssen mehr selbst bezahlen, die „Bagatellgrenze“ von 5 DM maximaler Eigenbeteiligung z.B. bei Büchern, „Workbooks“ für Fremdsprachen oder Taschenrechnern usw. wird aufgehoben.

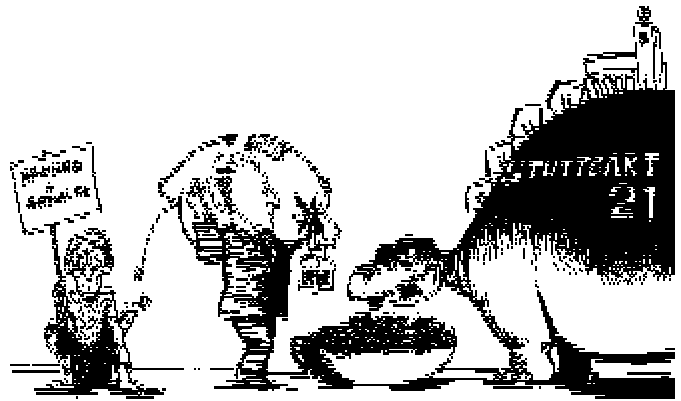
4 99: Die Landesregierung Baden-Württembergs plant die Verschärfung des Abiturs und die Abschaffung der Wahlmöglichkeiten in Leistungs- und Grundkurse.

Die Situation heute:

■ **LehrerInnen in Baden-Württemberg müssen mehr Unterricht pro Woche halten als in allen anderen Bundesländern.** Dadurch werden LehrerInnen verheizt und weniger junge LehrerInnen eingestellt.

■ **Der Klassendurchschnitt liegt bei Gymnasien in Baden-Württemberg bei 26,1 SchülerInnen** (Quelle: Stuttgarter Nachrichten, 20.11.99), durch die Einschränkung der freien Schulwahl (SchülerInnen können sich nicht aussuchen in welche weiterführende Schule sie gehen können, sondern werden an eine andere Schule verwiesen, wenn dadurch weniger Klassen - und damit größere Klassen - möglich werden) sind vor allem die Unterstufenklassen aufgefüllt worden.

■ Im Südwesten kommen an den **Grundschulen** auf eineN LehrerIn 23,5 SchülerInnen, in Hamburg z.B. nur 17 (Bundesdurchschnitt 21,6) (Quelle: Stuttgarter Nachrichten, 20.11.99)



4 Semester überschritten haben, **müssen 1.000,- DM Studiengebühr** bezahlen.

Ministerpräsident Teufel sieht es dabei noch als Erfolg an, daß durch die Einführung der Studiengebühren die Zahl der Studierenden innerhalb eines Semesters um 18.000 StudentInnen zurück gegangen ist.

Jetzt gehen die Angriffe wieder weiter:

„Die sozialen Zuwendungen für Studenten werden gestrichen, die finanziellen Belastungen wachsen und gleichzeitig sollen die Studenten kürzer studieren. Das kann nicht funktionieren“, so zitieren die Stuttgarter Nachrichten am 17.11.99 StudentenvertreterInnen. Gekürzt wird jetzt z.B. die Unterstützung der Studentenwerke (u.a. Studenten-Mensen, Wohnheime) um 21,6 Millionen DM. Gestrichen werden sollen auch die Zuschüsse zu psychosozialen Hilfen für StudentInnen. **Durch das neue Hochschulgesetz soll eine Orientierungsprüfung nach dem zweiten Semester eingeführt werden** - auch hier droht weiter erhöhter Leistungs-Druck. **Dieses Gesetz erhöht auch die Machtbefugnisse der Rektoren während eine Verfasste Studierendenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat als Interessensvertretung nach wie vor verweigert wird.**

Warum das Ganze?

Nicht nur im Schüler- und Studierendenbereich hat es in den letzten Jahren Sparmaßnahmen und Kürzungen gegeben, sondern auch bei Beschäftigten, RentnerInnen und Arbeitslosen, wie z.B. das Sparpaket.

Hinter all dem steht das Argument, **die Kassen seien leer.** Tatsächlich sind die Kassen durch **Steuergeschenke an die Unternehmer** und Großprojekte geleert worden, z.B. zahlte Daimler keinen Pfennig Steuern in den letzten Jahren. **Für Stuttgart 21** werden **5 Milliarden DM** - auch hier vor allem öffentliche Mittel - verbraten. Durch die enorme **Staatsverschuldung** wandert ein Teil der Steuern als **Zinszahlungen direkt weiter an die Banken.**

Großprojekte und Geschenke an Banken und Konzerne seien nötig um den Standort attraktiv zu halten. So konkurrieren Städte, Regionen und Länder um Investoren. Dafür sollen wir bezah-



Was soll sich beim Abitur verändern?

bisher

Leistungskurse, Pflichtfächer

12. & 13. Klasse: 2 Leistungskurse (5 Stunden pro Woche) können gewählt werden - immer nur in bestimmten Kombinationen möglich, zusätzlich müssen Grundkurse (2 bzw. 3 Stunden pro Woche) belegt werden (1 Naturwissenschaft, Deutsch, Mathe, 1 Fremdsprache, Gesellschaftswissenschaften, Sport) - insgesamt in 4 Halbjahren 25 Halbjahres-Kurse

Klassen- bzw. Kurs-Größe

Durch die unterschiedlichen Wahlmöglichkeiten ergeben sich z.T. relativ kleine Kurse, in denen intensiv gelernt werden kann. Ein Kurs kann ab 6 SchülerInnen zustande kommen. Zum Teil kommen Kurse allerdings nicht zustande, was die Wahlmöglichkeiten einschränkt.

Abitur-Prüfung

4 Prüfungsfächer: Beide Leistungskurse und 2 Grundkurse werden geprüft, enthalten immer mindestens 1 Fach der Aufgabenfelder sprachlich-literarisch-künstlerisch, gesellschaftswissenschaftlich und mathematisch-naturwissenschaftlich-technisch.

Bundesweiter Vergleich

Baden-Württemberg hat schon jetzt nach Bayern das bundesweit zweitschwerste Abitur.

ab 2000

für alle SchülerInnen, die 2000 in die 11. Klasse kommen: Baden-Württemberg will die Unterscheidung in Grund- und Leistungskurse aufgeben zugunsten eines Pflichtbereichs mit den 4-stündigen Kernfächern Deutsch, Mathe, Fremdsprache. Außerdem gehören zum Pflichtbereich 2 Naturwissenschaften, Musik, Bildende Kunst, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Erdkunde. (Quelle: Gymnasium Baden-Württemberg, 5/99). Ein Profil- bzw Neigungsfach wird neu eingeführt.

Klassenverband wird im gesamten Pflichtbereich (überwiegender Teil der Stunden) beibehalten, ein Klassenteiler von 24 soll beibehalten werden. (Quelle: Gymnasium Baden-Württemberg, 5/99)

5 Prüfungsfächer: Deutsch, Mathe, Fremdsprache, Profilmfach und ein weiteres Fach werden geprüft.

In BaWü gibt es keine reformierte Oberstufe mehr, Schulwechsel in ein anderes Bundesland oder nach BaWü sind in der Oberstufe kaum mehr möglich, das Abitur verschiedener Bundesländer gilt zwar noch im Vergleich, z.B. bei der Studienplatzbewerbung, ist aber nicht vergleichbar.

len. **Sozialleistungen, Löhne und eben auch Ausgaben für das Bildungssystem werden gedrückt.**

Die Wirtschaft steckt in Schwierigkeiten. Auch beim mäßigen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wuchsen die Probleme, so stieg insgesamt in den letzten Jahren die **Arbeitslosigkeit** weiter an. Jetzt befindet sich ein Teil der Welt schon in einer **konjunkturellen Krise**, wie sich dies im Kapitalismus immer wieder abspielt. Riesige Überkapazitäten, z.B. in der für Stuttgart wichtigen Autoindustrie, Firmenfusionen und -Pleiten (siehe Philipp-Holzmann-AG) sind Vorboten der drohenden Probleme auch in Deutschland.

Warum jetzt die Angriffe?

Im Nachkriegs-Aufschwung benötigte die deutsche Wirtschaft viele gut ausgebildete Fachkräfte. LehrerInnen wurden eingestellt, Klassen kleiner. Der Zugang zum Gymnasium wurde erleichtert, vor allem auch den Kindern, deren Eltern selbst weniger Schulbildung hatten.

Seitdem hat sich auch der Anteil der Frauen, die Abitur machen, verdoppelt. **Diese Zeiten sind vorbei.**

Bildung wird für die Standort-Politiker zum Kostenfaktor. Zugespielt heißt das für Banken, Konzerne und ihre Politiker: Warum sollen 13 Jahre Schule finanziert werden, für jemand der hinterher arbeitslos wird?

Dazu passt, dass verstärkt auf die **Bildung einer Elite** gesetzt wird.

Da die Wirtschaft weniger hoch ausgebildete Kräfte braucht, als bisher ausgebildet werden kann und soll **die Auslese verschärft** werden. Dies hat in den letzten Jahren, z.B. durch Elite-Gymnasien mit Turbo-Zug (8 statt 9 Jahre), angefangen.

Diejenigen, die alle verschärften Hürden schaffen **und** es sich finanziell leisten können, bekommen die guten Jobs.

Schon in der Vergangenheit wurden 30 Millionen DM pro Woche in der BRD für Nachhilfe für SchülerInnen ausgegeben. Mit wachsender finanzieller Beteiligung der Familien, Studiengebühren und dem Aufbau einer teuren Privat-Uni wird der gleiche Weg beschritten.



Wir halten dagegen.

Die etablierten Parteien akzeptieren die Logik von Sozialabbau und Angriffen. Wir wehren uns gegen Kahlschlag und Kürzungen. Es geht uns darum, jetzt dagegen aktiv zu sein und uns mit möglichst vielen gemeinsam zu wehren.



Dazu sind unabhängige Schüler- und Studierenden-Aktionen und -Organisationen notwendig, wie der Stuttgarter SchülerInnenRat (SSR) und eine Studierenden-Gewerkschaft, zu deren Aufbau nach den Protesten 97 erste Schritte unternommen wurden.

Solidarität

Sozialabbau kann nur verhindert werden, indem sich SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose, Beschäftigte und RentnerInnen **gemeinsam wehren**. Es geht uns darum, Verbindungen zwischen den verschiedenen Kämpfen aufzubauen und so gemeinsam eine größere Kraft zu entwickeln. Die SAV hat das Ziel eine starke Interessensvertretung von Jugendlichen, Beschäftigten und Arbeitslosen aufzubauen - eine neue Arbeiterpartei.

Sozialismus

Wenn sich der Kapitalismus keine Bildung für alle leisten kann, können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten.

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein **menschenwürdiges Leben** zu garantieren - einschließlich kostenloser, qualifizierter Bildung, ein Leben lang.

Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zum heutigen System. Die Alternative ist **Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung**. Sozialismus braucht Demokratie in der ganzen Gesellschaft - auch in Betrieben, Schulen und Hochschulen. **Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Banken und Konzerne.**

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine ge-

plante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Menschen und der Natur entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger. **Mach mit bei der SAV!**

Wir fordern:

- 8 **Keine Verschärfung des Abiturs, kein 5. Prüfungsfach.**
- 8 **Keine Abschaffung der reformierten Oberstufe in Baden-Württemberg, Erhalt und Ausbau der Kurs-Wahl-Möglichkeiten. Mehr freiwillige AGs.**
- 8 **Bildung für alle:** Kostenlose Lehr- und Lernmittel, kostenlose Schüler-Abos bei der WS.
- 8 **Maximale Klassengröße von 20 SchülerInnen.**
- 8 **Dafür müssen mehr LehrerInnen eingestellt werden: Einstellung von zusätzlich 3000 LehrerInnen pro Jahr.**
- 8 **Abschaffung der Noten.**
- 8 **Abschaffung aller Studiengebühren, Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen (Numerus clausus usw.).**
- 8 **Erhöhung des StudentenBafög, eltern-unabhängige Mindestsicherung für alle ab 16 Jahre von 1.500,- DM im Monat.**
- 8 **Erhöhung der Gelder für Schulen und Hochschulen um sie von „Drittmitteln“, d.h. der Wirtschaft unabhängig zu machen.**
- 8 **Keine öffentlichen Gelder für die Privati- Uni.**

Ausschneiden & abschicken:

Ich möchte

- Einladungen** zu den Treffen der SAV Stuttgart
- Mitglied werden**
- Eure Zeitung **VORAN abonieren** (Jahresabo: 25,- DM)
- Euch mit einer **Spende von _____ DM** unterstützen
 - monatlich**
 - einmalig**

Name : _____

Adresse : _____

Telefon: _____

Dazu erteile ich dem Voran e.V. ein Einzugs-
ermächtigung:

Konto-Nummer : _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum, Unterschrift: _____

Sozialistische Alternative

Stadtverband Stuttgart

Infos, Kontakt & Video: SAV Stuttgart, c/o Stephan Kimmeler, Tubinger Str. 43, 70174 Stuttgart, eMail: SAV.Stuttgart@gmx.net

? Infos .mitmachen :eintreten Fon & Fax: 0711 / **24 24 42**

SAV